

04.11.2016

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunalpolitik

zum Gesetzentwurf
der PIRATEN-Fraktion
Drucksache 16/5474

Gesetz zur Stärkung der Partizipation auf Kommunalebene

Berichterstatter

Abgeordneter Stefan Kämmerling

Beschlussempfehlung

Der Gesetzentwurf der PIRATEN-Fraktion (Drucksache 16/5474) wird abgelehnt.

Datum des Originals: 04.11.2016/Ausgegeben: 07.11.2016

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de
--

Bericht

A Allgemeines

Durch Beschluss des Plenums wurde am 9. April 2014 der Gesetzentwurf der PIRATEN-Fraktion „Gesetz zur Stärkung der Partizipation auf Kommunalebene“ (Drucksache 16/5474) an den Ausschuss für Kommunalpolitik überwiesen.

B Inhalt des Antrags

Die den Gesetzentwurf einbringende PIRATEN-Fraktion beschreibt die Ausgangslage wie folgt:

„In Gemeinde- und Kreistagen sowie deren Ausschüssen werden für die Gemeinschaft besonders wichtige und prägende Entscheidungen getroffen. Jedem Bürger muss die Möglichkeit zur Teilnahme an den politischen Prozessen eingeräumt werden. In der Gesellschaft gibt es zahlreiche Gründe, warum eine Teilnahme an Sitzungen nicht erfolgt.“

Eine entsprechende Änderung der Hauptsatzung der Kommunen würde -so die PIRATEN-Fraktion - zu einem Abbau von Zugangsbarrieren des Bürgers zur Politik in den Gemeinde- und Kreistagen führen. Übertragungen und Veröffentlichungen von Sitzungen der kommunalen Vertretungen würden so ermöglicht werden.

C Beratungsverfahren

Der Ausschuss für Kommunalpolitik hat zu seiner Sitzung am 9. Mai 2014 den Beschluss gefasst, hierzu eine Anhörung von Sachverständigen durchzuführen. Folgende Sachverständige wurden daher am 13. März 2015 gehört:

Sachverständige	Stellungnahmen
Dr. Stephan Articus Städtetag Nordrhein-Westfalen, Köln	16/1797 16/2630
Dr. Bernd-Jürgen Schneider Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf	
Dr. Martin Klein Landkreistag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf	

Sachverständige	Stellungnahmen
Prof. Dr. Gunnar Schwarting Mainz	16/2588
Prof. Dr. Harald Hofmann, Köln	16/2607
Joachim Hoffmann Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker in Nordrhein-Westfalen e.V., Düsseldorf	16/2660
Alexander Trennheuser Mehr Demokratie e.V., Landesverband NRW, Köln	16/2657
Bernhard Daldrup Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Nord- rhein-Westfalen e.V., Düsseldorf	16/2633
Prof. Dr. Janbernd Oebbecke Kommunalwissenschaftliches Institut, Westfälische Wilhelms-Uni- versität, Münster	16/2625
Theo Steegmann Bürgerinitiative Neuanfang, Duisburg	16/2616
RA Wilhelm Achelpöbler Kanzlei Meisterernst - Düsing - Manstetten, Münster	16/2634
Volker Wilke GRÜNE/Alternative in den Räten NRW e.V., Düsseldorf	16/2626
Prof. Dr. Theo Schiller Institut für Politikwissenschaft, Philipps-Universität, Marburg	16/2621
Daniel Zimmermann Bürgermeister der Stadt Monheim am Rhein, Monheim	16/2666

siehe hierzu das Ausschussprotokoll 16/858.

Eine abschließende Befassung zum Gesetzentwurf erfolgte im Ausschuss für Kommunalpolitik in der Sitzung am 4. November 2016.

D Abstimmung

Am 4. November 2016 hat der Ausschuss für Kommunalpolitik den Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen das der PIRATEN-Fraktion abgelehnt.

Stefan Kämmerling
- Vorsitzender -